



pro und contra

Kampflos in die Unfreiheit?

Der Autor Ole Nymoen will nicht für sein Land kämpfen und würde dafür ein Leben in Unfreiheit in Kauf nehmen. Ein Pro & Contra

Ja, denn für den deutschen Staat weder sterben noch töten zu wollen, ist absolut nachvollziehbar. Wichtiger als die individuelle Haltung ist die Klassenfrage.

Er ist wieder da, der Wehrdienst. Noch setzen SPD und CDU auf Freiwilligkeit, doch zumindest die Union wünscht sich langfristig eine Pflicht – für Männer und Frauen. Aus konservativer Sicht ist das folgerichtig. Meint man es mit der neuen deutschen Kriegstüchtigkeit ernst, reichen viele neue, schuldenfinanzierte Panzer allein nicht aus. Es braucht auch Menschen, die sie bedienen – und im Ernstfall, etwa bei einem russischen Angriff auf einen Nato-Partner, bereit sind, damit zu töten. Nur ist der Großteil der jungen Menschen eben dazu nicht bereit. Lediglich 19 Prozent aller Befragten würden laut Forsa-Umfrage im Ernstfall ihr Land mit der Waffe verteidigen. Wer das öffentlich sagt, wird im Netz oder in Talkshows als Vaterlandsverräter oder – in der grün-liberalen Variante – als naive, friedensverwahrloste Lumpenpazifistin beschimpft. Auch ich wage mich hiermit an die deutsche Debattefront: Weder will ich gebären noch töten oder sterben für Deutschland. Auch nicht für Europa. Und erst recht nicht für die Nato. Wenn junge Menschen wie der Autor Ole Nymoen sagen, sie würden „lieber in Unfreiheit leben, als für Freiheit zu sterben“, ist das zunächst eine persönliche Haltung. Sie als naiv abzutun, greift zu kurz. Vielmehr ist sie Ausdruck eines grundlegenden Lebenserhaltungsdrangs, der den kaum ausgeprägten Patriotismus junger Menschen in Deutschland überlagert.

Nymoen's eigentliches Argument liegt woanders: Wer kämpft für wessen Freiheit? Staaten führen Kriege nicht primär zum Schutz der Bevölkerung oder abstrakter Werte. Entweder sie wollen Territorium gewinnen, um Macht auszuweiten, oder verteidigen es, um Souveränität zu erhalten. Die Bevölkerung – in Friedenszeiten Humankapital – wird im Krieg zu Menschenmaterial. So funktionieren Nationalstaaten. Warum also sollten Linke diese Logik übernehmen? Um den Gedanken weiter zu präzisieren: Krieg ist eine Klassenfrage. Es sind nicht die Kinder von Abgeordneten, Konzernvorständen, Talkshow-Gästen, die als Erste im Schützengraben landen. Sondern die von Verkäuferinnen, Paketboten, Pflegekräften. Wer über Einfluss oder Geld verfügt, wird Wege finden, die eigenen Kinder vom Wehrdienst zu befreien. Weder ein Angriffs- noch ein Verteidigungskrieg gegen Russland ist im Interesse der arbeitenden Bevölkerung. Statt die Kriegslöge zu übernehmen, sollten sich Linke dagegen organisieren und Druck ausüben, damit der Staat nicht auf eine gefährliche Aufrüstungspirale setzt, sondern auf diplomatische Mittel, um ein Kriegsszenario abzuwenden. Selbst wenn man meint, man ginge an die Front für Demokratie und Freiheit: Ein Szenario, in dem die AfD in vier oder acht Jahren stärkste Kraft wird, ist nicht unwahrscheinlich. Dass sich der rechte Flügel der CDU durchsetzt und eine blau-schwarze Koalition eingeht, ist vorstellbar. Dann bauen wir heute eine Armee auf, die morgen eine AfD-Regierung dient – und verteidigen eine Unfreiheit gegen die nächste.

Pauline Jäckels

Nein, denn der Autor Ole Nymoen weiß nicht, wovon er spricht, wenn er ein Leben in Unfreiheit dem Kampf für Freiheit vorzieht, wie er in seinem Buch „Warum ich niemals für mein Land kämpfen würde“ schreibt. Das aber trotzdem vorweg: Ich kann vielen seiner Thesen folgen. Er hat recht, wenn er sagt, dass man im Krieg sterben oder verwundet werden kann. Ich stimme ihm zu in der Annahme, dass man durch einen Krieg – ob mit oder ohne physische Verletzungen – schwere psychische Schäden davontragen kann. Er hat ebenso recht, wenn er fürchtet, im Krieg auf Menschen schießen zu müssen, mit denen er bis dahin friedlich nebeneinander lebte oder die er noch nicht einmal kannte. Ich kann also verstehen, dass der 27-Jährige keine Waffe in die Hand nehmen und schon gar nicht sterben will. Wer will das schon?

Und doch muss ich ihm heftig widersprechen. Seine Idee, lieber in Unfreiheit zu leben, als für Freiheit zu sterben, mag bedeutsam, mutig, postheroisch klingen, weil sich Nymoen damit der neuen deutschen Kriegstüchtigkeit in den Weg stellt. Aber es ist nicht mutig, sich freiwillig in Unfreiheit zu begeben. Im Gegenteil, es ist naiv und zeugt lediglich davon, dass Nymoen keine Ahnung von einem Leben in Unfreiheit hat. Wie sollte er das auch wissen? Er wurde 1998 in Freiheit geboren, er wuchs in Freiheit und Wohlstand auf, er darf, seit er sprechen kann, alles sagen, was er denkt. Als Journalist wird er wegen seiner Arbeit weder bestraft noch verhaftet, gefoltert, ermordet. Anders als viele andere Menschen, die in ihren Ländern für Freiheit kämpfen: Russland, Türkei, China, Afghanistan, Saudi-Arabien, Iran – um nur einige zu nennen.

Nymoen lebt ein privilegiertes Leben in einer Demokratie, das Leben in einer Diktatur, in Unfreiheit, kennt er nur theoretisch. Ich bin in einer Diktatur groß geworden und weiß, was das heißt. Auch wenn ich nicht, so wie viele DDR-Disidenten, im Stasi-Knast war und dort vergiftet, gefoltert, gedemütigt wurde. Von der Stasi verfolgt und bedroht indes wurde ich schon, sie legte mehrere Dossiers über mich an, meine Wohnung war verwandt. In einer Diktatur hat schon jedes kleine Kind die berühmte-berühmte Schere im Kopf: Was darf ich im Kindergarten und in der Schule sagen, damit meine Eltern keinen Ärger bekommen? Studierende umso stärker, weil sie exmatrikuliert werden könnten. Wer etwas Falsches, etwas Kritisches sagt, wer demonstriert und aufbegehrt, der muss damit rechnen, inhaftiert und getötet zu werden. Müttern werden ihre Kinder weggenommen, Menschen verschwinden. Es geht den Diktatoren immer darum, maximalen Druck gegen Gegner:innen aufzubauen, Angst zu schüren, Denunziantentum zu produzieren. DAS ist Unfreiheit in einer Diktatur – und nicht etwa ein Deutschland wie heute, nur mit ein paar Einschränkungen. Aber Ole Nymoen kann ganz gelassen bleiben: Die Wehrpflicht wird nicht wieder eingeführt, er muss also gar nicht in den Krieg. Ich wünsche ihm, dass er nie in Unfreiheit leben muss. Autoritäre Regime aber, die gibt es nach wie vor. Und es dürften mehr werden.

Simone Schmollack



Pauline Jäckels ist Redakteurin im Meinungsressort der taz. Sie studierte Politikwissenschaft und Internationale Beziehungen in Berlin und London.



Simone Schmollack leitet das Meinungsressort der taz und ist jeden Tag dankbar für die Freiheit, in der sie seit dem Mauerfall lebt.

Pascal Beucker über die Mindestlohndiskussion in der neuen Koalition

Der Bluff der SPD-Führung

Die Aufregung in der SPD-Spitze um die Äußerungen von Friedrich Merz zum Mindestlohn ist verständlich. Wer wird schon gerne bei einem Bluff erwisch – ausgerechnet zu Beginn des SPD-Mitgliederentscheids? „Wir sorgen für höhere Einkommen, in dem wir die Tariftreue stärken und den Mindestlohn auf 15 Euro erhöhen“, sagte Saskia Esken wörtlich bei der Vorstellung des Koalitionsvertrages. Das entspricht nicht der Wahrheit. Merz hat leider recht, dass sich Union und SPD nur darauf verständigt haben, die Entscheidung der Mindestlohnkommission zu überlassen. Bis Ende Juni muss das paritätisch mit Vertreter:innen der Arbeitgeber:innen und der Gewerkschaften besetzte Gremium seinen Vorschlag für das kommende Jahr machen. Mal schauen, was dabei herauskommt – vielleicht sind es 15 Euro, wahrscheinlich aber weniger.

Es gibt keine bindende Formel, sondern nur Orientierungspunkte, die im Rahmen einer „Gesamtabwägung“ von der Kommission für die Festlegung des Mindestlohns zu berücksichtigen sind. Das ist ein Konstruktionsfehler, an dem

auch die neue Koalition bedauerlicherweise nichts ändern will. Im schlimmsten Fall kann das zu so einem Debakel wie zu Ampelzeiten führen, als 2023 mit der Mehrheit der Arbeitgeber:innen und der formal unabhängigen Kommissionsvorsitzenden gegen die Gewerkschaftsvertreter:innen eine viel zu mickrige Anhebung der Lohnuntergrenze beschlossen wurde.

Ein Ausweg wäre, endlich den in der EU-Mindestlohnrichtlinie genannten Referenzwert von 60 Prozent des Bruttomedianlohns, also des mittleren Einkommens, als Mindestlohnuntergrenze verbindlich festzuschreiben. Die Daten des Statistischen Bundesamtes zur Grundlage genommen, würde das tatsächlich für 2026 einen Mindestlohn um die 15 Euro bedeuten. Dass die Arbeitgeber:innenlobby eine solche Festschreibung auf keinen Fall will, verwundert nicht. Entsprechend gibt es sie denn auch nicht im Koalitionsvertrag. Da helfen auch keine nachträglichen verbalen Kraftmeiereien der SPD-Führung. Sie sollte ihre Parteibasis nicht für dumm verkaufen.

der tag 2

Katharina Wojczenko über die Präsidentschaftswahlen in Ecuador

Zu Lasten der Schwächsten

Daniel Noboa bleibt Präsident von Ecuador. Damit hat das größere Übel in der Stichwahl gewonnen. Für die Armen und Marginalisierten im Land ist das ein Schlag. Ihnen drohen noch mehr Hunger, Unterdrückung und Gewalt. Sie haben schon jetzt unter Noboa besonders gelitten: Er hat die Mehrwertsteuer erhöht und die Benzinsubventionen gekürzt – und vor allem seine Politik der harten Hand auf sie konzentriert. In ihren Vierteln ist die Gewalt explodiert – durch Drogenbanden und eine Polizei, die chronisch korrupt ist und dank der vielen Ausnahmezustände noch mehr Macht bekommen hat.

Wer männlich und arm ist und womöglich noch eine dunklere Hautfarbe hat, sollte sich fürchten. Militarisierung bringt Menschenrechtsverletzungen – und sicher keinen Frieden im Krieg gegen Drogen. Für diese Erkenntnis hätte Noboa nur zum Nachbarn Kolumbien schauen müssen. Ecuador befindet sich in einer schweren Rezession. Schon jetzt arbeitet zwei Drittel der Bevölkerung im informellen Sektor. Kinder und Jugendliche brauchen drin-

gend Perspektiven, denn sonst treiben der Hunger sie in die Arme der Drogenbanden. Mega-Gefängnisse, wie sie Noboa baut, sind keine Lösung, sondern Teil des Problems, und Geldmaschinen für die Organisierte Kriminalität, die sie kontrollieren.

Der neoliberal-konservative Noboa stammt aus der Oligarchie des Landes und macht Politik für sie – allen voran für seine eigene superreiche Familie, deren Bananen-Imperium er bereits Steuervorteile verschaffte. Wollte er tatsächlich die Mächtigen im Drogenhandel bekämpfen, müsste er sich auch mit der Bananenindustrie anlegen – denn mit deren Containern gelangt ein Teil der Drogen nach Europa. Stattdessen will er privatisieren, wo es nur geht. Die Natur dürfte ein weiteres Opfer sein. Noboa hat angekündigt, dass er die Verfassung ändern will, in der Rechte der Natur verankert sind. Expert:innen rechnen damit, dass er diese aushebeln will – unter anderem, um das Wasser zu privatisieren. Das könnte die Energiekrise des Landes verstärken – und geht ebenfalls zu Lasten der Schwächsten.

ausland 11

Barbara Oertel über russische Angriffe auf die Ukraine

Wohlfleile Worte aus dem Westen

Mindestens 35 Tote bei russischen Luftangriffen auf das Zentrum der nordukrainischen Stadt Sumy am vergangenen Sonntag, 19 ausgelöschte Leben durch russische Raketen auf ein Wohngebiet in Krywyj Rih vor neun Tagen: Angesichts des Grauens in der Ukraine, das mit Worten kaum noch zu beschreiben ist, wer bieten sich führende westliche Politiker:innen mit Beileids- und Bestärkungsbekundungen.

Der scheidende Bundeskanzler Olaf Scholz will erkannt haben, dass Russland seinen Angriffskrieg erbarmslos fortsetze, Italiens Regierungschefin Giorgia Meloni spricht von einer „schrecklichen und feigen“ Attacke. Sogar US-Präsident Donald Trump, der seinem vollmundig angekündigten „Friedensdeal“ keinen Zentimeter näher gekommen ist, lässt sich wenigstens dazu herab, den Krieg als „schreckliche Sache“ zu bezeichnen.

Für derartige Einlassungen, die vor allem Hilflosigkeit ausdrücken, kann sich die Ukraine nichts kaufen, geschweige denn auch nur ein einziges Leben retten. Und sie wirken wohlfeil.

Denn klar ist: Russlands Präsident Wladimir Putin hat an einem Waffenstillstand oder Friedensschluss nicht das geringste Interesse. Stattdessen gilt es, die Auslöschungsfantasien des Kremel in die Tat umzusetzen gemäß dem Grundsatz: Wehret den Anfängen! Weshalb unter den Opfern, wohl nicht zufällig, immer wieder Kinder sind. Die in diesem Zusammenhang gebetsmühlenartig geäußerte Behauptung, das eigentliche Angriffsziel seien ukrainische Militärs gewesen, ist schlichtweg infam.

Hat der Westen diesem Wahnsinn etwas entgegenzusetzen? Die USA sind, folgt man ihrem Diplomaten Steve Witkoff, bereit, Putin alle Ukrainer:innen der vier bislang nur teilweise besetzten Gebiete zum Fraß vorzuwerfen. Und Kyjiws europäische Verbündete? Stehen nackt da. Frankreichs Präsident Emmanuel Macron will Moskau zu einem Waffenstillstand zwingen. Aber wie? Alles in allem: Es ist ein Trauerspiel. Für die Menschen in der Ukraine ist es eine Katastrophe, zu der jeden Tag eine neue hinzukommt.

ausland 10